



Absender: Kreistags-/Kreisausschussbüro

Vorlage-Nr.: 2011/0233

Veranlasser / Verursacher
DIE LINKE.

Datum: 06.10.2011

Aktenzeichen:

Antrag

Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 05.09.2011 betr. „Keine Kürzung der pauschalen Förderung der Schwangerschaftskonfliktberatung“

Beratungsfolge:

| Gremium | am | Top | Status |
|----------------------------|------------|------------|---------------|
| Haupt- und Finanzausschuss | 31.10.2011 | 10 | öffentlich |
| Kreistag | 02.11.2011 | 18 | öffentlich |

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, mit der Landesregierung unverzüglich Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, dass die Landesregierung von dem Gesetz zur Änderung des Hess. Ausführungsgesetzes zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (HAGSchKG) und zur Aufhebung der Verordnung über die Förderung von Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz Abstand nimmt und dass das Gesetz in der zur Zeit vorliegenden Entwurfsfassung beschlossen wird.

Begründung:

Der Gesetzentwurf der Hess. Landesregierung (Drucks. 18/4124) sieht vor, dass die derzeitige Förderungspauschale von 79.371,00 € in den kommenden 5 Jahren auf durchschnittlich 65.000,00 € pro Jahr und Stelle gekürzt wird. Durch die Mittelkürzung gerät die wertvolle Beratungsarbeit der freien Träger erheblich in Gefahr. Pro Familia und andere Einrichtungen haben mittlerweile einen nicht mehr wegzudenkenden Stellenwert in unserer Gesellschaft. Die geplante Kürzung würde dazu führen, dass künftig die Kommunen durch Zuschüsse und die freien Träger mit Eigenmitteln einspringen müssten,

um die Mittelkürzung abzufedern, was sie aber vielfach nicht können. Vor allem die kleineren Träger können die Kürzung nicht durch Umverteilung kompensieren, so dass das flächendeckende plurale Angebot zur Schwangerschaftskonfliktberatung insgesamt gefährdet ist. Der Kreisausschuss sollte sich dafür einsetzen, dass das Gesetz nicht beschlossen wird.

Christian Knoche

Anlage/n:

| Beschreibung |
|---------------------|
|---------------------|

| |
|---|
| Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 05.09.2011 betr. „Keine Kürzung der pauschalen Förderung der Schwangerschaftskonfliktberatung“ |
|---|